

Protokoll der Diskussion im AK Grundlagen beim Treffen am 27.11.13 nach dem Vortrag von Uli Mössner: Die falschen Versprechen des Neoliberalismus

Protokoll: Jochen

Der Vortrag von Uli (siehe eigenes Dokument) widerlegt treffend die falschen neoliberalen Versprechungen. Am Schluss stellt Uli fest: Die Parteien, die neoliberalen Positionen folgen, hören zwar auf die Lobbyisten der Finanzmärkte und der Konzerne, auf neoliberale Dogmatiker in der Wissenschaft und in den Redaktionen, jedoch nicht auf ihren Verstand.

Diese recht provokante Aussage führte zur Frage: wie ist es möglich, dass Menschen, von denen wir wissen, dass sie klug und moralisch integer sind, die Dinge so sehr anders sehen als wir im Arbeitskreis? Es wurde Bedauern darüber geäußert, dass nicht eine von der neoliberalen Denkrichtung überzeugte Person an unserer Diskussion teilnimmt. Es ist nicht gut, wenn wir uns untereinander immer nur unsere eigene Meinung bestätigen. Wir versuchten nun, die neoliberale Sichtweise nachzuvollziehen. Was ließe sich gegen die bei Attac vorherrschende Position einwenden? Wo haben wir selbst vielleicht „blinde Flecken“ in unserer Analyse?

Frankreich, das deutlich weniger neoliberale Politik getrieben hat (weniger Sozialabbau, weniger Deregulierung, weniger Privatisierung...) als Deutschland, steht heute wirtschaftlich deutlich schlechter da als Deutschland. Von Politikern nicht nur aus Frankreich, sondern auch von südeuropäischen Ländern (die noch schlechter dastehen als Frankreich) wird heute der „deutsche Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit“ als vorbildlich gepriesen (deutlich weniger Arbeitslose, mehr Steuereinnahmen, höhere Produktivität, mehr Wohlstand gemessen am BIP...). Wie ist das zu verstehen?

Es wurden mehrere Erklärungen gegeben, z.B. die in den letzten zwanzig Jahren deutlich stärker gestiegenen Löhne in diesen Ländern, was die Produktionskosten erhöht und die europaweite ebenso wie die globale Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder geschwächt habe. Die De-Industrialisierung sei in diesen Ländern deutlich weiter fortgeschritten. Die erfolgreiche Autoindustrie in FR sei eher auf falsche Managemententscheidungen zurückzuführen als auf zu hohe Löhne. Die deutsche Exportstärke beruhe auf einer relativ starken Ausstattung mit mittelständigen Unternehmen, die global wettbewerbsfähig seien („hidden champions“), sei also eher historisch bedingt.

Es wurde jedoch betont, dass der Vorteil der größeren Wettbewerbsfähigkeit (Effizienzvorteile, Exportstärke) erkaufte sei mit einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Für große Teile der Bevölkerung nehme trotz des steigenden BIP der Wohlstand ab (Verteilungsproblem, prekäre Beschäftigungsverhältnisse). Außerdem gehe die deutsche Exportstärke zu Lasten der europäischen Länder.

Nachtrag zum Protokoll: Uli hat in einem gesonderten Text Überlegungen zum Vergleich Deutschland-Frankreich und zum Zusammenhang von Steuereinnahmen und Staatsschulden vorgelegt (siehe Anlage zu diesem Protokoll).

Weitere Diskussionsbemerkungen bezogen sich auf mangelnde Differenzierung bei der Widerlegung der neoliberalen Versprechungen. Beispiel Deregulierung: Die Finanzkrisen der letzten Jahre hätten zwar gezeigt, dass die Selbstregulierung der Märkte versagt haben und der Staat eingreifen musste, um Schlimmeres zu vermeiden. Jedoch könnte das auch als „Betriebsunfall“ eines zu wenig regulierten Finanzmarktes interpretiert werden, wie es Merkel, Steinbrück etc. tun, ohne die neoliberalen Grundüberzeugungen in Frage zu stellen. Neoliberale seien nicht grundsätzlich gegen Regulierung, sondern wollten nur so wenig wie möglich davon. Es würde z.B. bis in die FDP hinein die Notwendigkeit einer Regulierung des Finanzmarktes nicht bestritten und es werde daran gearbeitet (z.B. am Problem der Bankenmacht, die im „too big to fail“ liegt). Unterschiedliche Positionen bestünden vor allem darin, was wie stark und in welcher Weise reguliert werden müsse.

Es würde in Deutschland kein neoliberaler Wissenschaftler oder Politiker behaupten, der Markt löse alle Probleme selbständig – ohne Staat. Es gehe vielmehr um eine Position zwischen den Polen „extrem starke Regulierung“ (in Richtung Planwirtschaft) und „extrem schwache Regulierung“ (Nachwächterstaat), wobei die Neoliberalen zu einer zu schwachen Regulierung neigen.

In der Politik geht es oft um den Zusammenhang von Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit nach dem Motto: lieber weniger Arbeitslose bei mehr prekär Beschäftigten als hohe Arbeitslosigkeit bei höheren Löhnen. Die Kritiker dieser Position stehen auf dem Standpunkt, es sein auch bei hohen Löhnen möglich, die Arbeitslosigkeit zu verringern, etwa durch Verkürzung der Arbeitszeit in den Bereichen, in denen es eine zu große Nachfrage nach Arbeitsplätzen gibt (mit der Folge, dass die Unternehmen Lohndumping betreiben können). Das Argument, dadurch werde die Wettbewerbsfähigkeit geschwächt, sei nicht stichhaltig.

Das leider fehlgeschlagene Bürgerbegehren in der Schweiz, bei der es um den „Faktor 12“ ging (in einem Unternehmen darf das höchste Einkommen nicht höher sein als das Zwölfwache des niedrigsten Einkommens) warf die Frage auf, warum die Mehrheit der Bevölkerung in diesem Fall der neoliberalen Propaganda verfallen ist. War es die Angst, dass die Top-Verdiener im Falle des „Faktors 12“ in ein anderes Land auswandern („brain drain“, Talentschwund), wo sie mehr verdienen können – mit der Folge schädlicher Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz? Es wurde darauf hingewiesen, dass in skandinavischen Ländern Spitzenkräfte auch dann im Lande bleiben, wenn sie dort deutlich weniger verdienen als sie es in anderen Ländern könnten.

Als Beispiel dafür, dass in den Wirtschaftswissenschaften auch fortschrittliche Ideen eine Chance haben, wurde der US-Nobelpreisträger Shiller erwähnt. Er hat ein Steuersystem entwickelt, bei dem die Höhe des Spitzensteuersatzes über eine Formel automatisch an die Diskrepanz von Arm und Reich gekoppelt ist: je größer die Kluft, desto höher steigt der Steuersatz – und umgekehrt: der Steuersatz sinkt, wenn sich die Kluft verringert.

Angesichts der Tatsache, dass in den letzten Monaten oft die Diskussion um ähnliche Fragen zu Wirtschaft und Demokratie kreiste mit zum Teil ähnlichen Antworten, ohne dass wir beim AK Grundlagen unsere Position eindeutig formuliert haben, haben wir uns folgendes Vorgehen vorgenommen: Wir legen Uli's Vortrag der weiteren Arbeit von AK Grundlagen (möglichst auch von Attac-München) zugrunde und entwickeln auf dieser Basis gemeinsam unsere Position schriftlich (also nachlesbar), indem wir auf folgende Fragen systematisch Antworten zusammenstellen:

- Welche Ziele halten wir für erstrebenswert?
- Welche Haupthindernisse stehen dem Erreichen dieser Ziele im Wege?
- Welche Wege (Maßnahmen) können die Haupthindernisse überwinden und damit die Ziele erreichen?
- Welche Kommunikationsstrategie entwickeln wir aus unseren Erkenntnissen?

Eine solche Zusammenstellung sollte in Kooperation des AK Grundlagen mit dem AK Finanzmärkte erfolgen. Klaus wird einen ersten Vorschlag für dieses Ziel-Handlungs-System ausarbeiten. Wir empfehlen Uli, seinen Vortrag auch im Rahmen eines Palavers von Attac-München zu halten.